

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf., Druckkosten 2.50 Pf., Postgebühr 0. — Pf., per Monat 1.50 Pf., per Viertel 4. — Pf., per Semester 8. — Pf., per Jahr 15. — Pf. (Postkontingent für die Postzeitung 0.50 Pf.).
Verlagsanstalt: Die Arbeiter-Zeitung, c. G. m. b. H., Breslau, Postfach Nr. 31058. — Druck- und Verlagsanstalt: Ring Nr. 2007.

Freitag, 3. Februar 1922

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Mittelzeile oder deren Raum 0.80 Pf., auswärts 0.90 Pf. Stellen- und Wohnungsangebote, Familienangelegenheiten, Verlosungen und Verlosungsaussagen 0.40 Pf. Reklame: Die Mittelzeile, 10spaltig oder deren Raum 1. — Pf.

Die Schande der deutschen Republik.

Weltliche statt Brot. — Die Ausnahme-gesetzgebung gegen die streikenden Eisenbahner.

Eberts Streikverbot.

Auf die Anordnung von dem Streikverbot trat eine Verordnung des Reichspräsidenten in Kraft, in der es heißt, den Bahnbeamten ist ebenso wie allen übrigen Beamten nach dem Beamtenrecht die Einstellung oder Verweigerung der Arbeit verboten. Wer hierzu auffordert, wird mit Gefängnis und Geldstrafe bis zu 50 000 Mark bestraft. Ebenso wird bestraft, wer Anlagen und Betriebsmittel betriebsunfähig macht. Die Reichsverordnung ermächtigt den Reichsverkehrsminister zur Sicherstellung der Notstandsarbeiten; die arbeitswilligen Eisenbahner dürfen wirtschaftlich nicht benachteiligt werden. Solche Benachteiligungen werden mit Gefängnis und Geldstrafen belegt.

Fünfzigtausend Mark Geldstrafe für Streikaufruf. Zum Schutz der Streikbrecher Gefängnis für die Streikenden. Ein sozialdemokratischer Reichspräsident erläßt dieses tufame Ausnahme-gesetz gegen die Eisenbahnen! Kommentar überflüssig!

„Schutzmann“.

In Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten hat der Polizeipräsident von Berlin angeordnet, daß alle zur Durchführung des Streiks bestimmten Gelder zu beschlagnahmen seien und daß die Drucklegung von Aufrufen zum Streik zu verhindern sei. Personen, die zum Streik auffordern oder Sabotage treiben, sind festzunehmen. Beamte, die durch Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten einen Transport gefährden, werden gemäß § 316 mit Gefängnis und Geldstrafe bedroht.

Der Polizeipräsident von Berlin heißt Richter und ist ein Sozialdemokrat. Kommentar ebenfalls überflüssig!

Neudeutsch-demokratisches Gesetzbuch.

Wir registrieren kurz alle Ausnahme-Verordnungen, damit die Beamten als „freie Staatsbürger“ wissen, was das Wesen des kapitalistischen Staates erst recht dann ist, wenn Stimmens und Konjunkten samt seinen sozialdemokratischen Lakaien sich in die demokratische Loga der Gleichberechtigung hüllen.

Wir werden die Liste regelmäßig, ganz so wie die Ausnahme-gesetzmaschine laufen wird, erneuern und ergänzen.

General Gröner hebt die Konstitutionsfreiheit der Beamten auf.

Ein innerhalb 24 Stunden geschaffenes Notgesetz nimmt den Beamten das Streikrecht.

Den Vorstandsmitgliedern der RDE wird das Verbandsrecht für Sitzungen genommen.

Der Reichspostminister verhängt die Zensur gegen die Beamten. Telegramme des RDE dürfen nicht befördert werden.

Hinter den Führern des RDE sind die Spärhände der „demokratischen“ Justiz her, um die „Hefen“ zu verbacken.

Die Streikbrecherbanden der „Technischen Nothilfe“ rücken an.

Schutzpolizei und deutschnationale Studenten bilden einen Verband.

Höhere gutbezahlte Beamte fallen den „Untergebenen“ in ihrem Kampf in den Rücken durch Uebernahme der Arbeit der Streikenden.

Streikaufruf bestraft wird mit 50 000 Mark Geldstrafe bestraft. Scherenscheitern der Streikbrecher wird mit Gefängnis bestraft.

Druckstellen der Streikenden sind verboten.

Das Vermögen — hier hat man nicht eine solche heilige Ehen vor dem Feindkapital, wie bei Herrn Eilanes — der RDE wird beschlagnahmt.

Als geschahen drei Jahre nach der deutschen Revolution, im 4. Regierungsjahre des glorreichen sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert, also der Sozialdemokrat Wobberich das Deutsche Reiches Justiz „demokratisch“ gestaltet.

Als geschahen im Jahre 1922 des demokratischen Heils in der „freiesten Republik der Welt“.

So sehen die „Volksvertreter“ aus!

Im Reichstag von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen eine Front gegen die Eisenbahnen.

Wolle zwei Monate kämpfen bereits die unteren Beamten und Eisenbahner um die Erfüllung ihrer Forderungen, die bereits am 3. Dezember 1921 von allen Eisenbahngewerkschaften eingereicht worden sind.

Was dazu die sogenannten Volksvertreter in der Reichsversammlung zu sagen haben, das müssen sich alle Beamten dringend hinter Ohr schreiben. Selbst die beste kommunistische Kritik an der bürgerlichen Demokratie vermag nicht

Streik in Breslau.

In der Nacht zum Donnerstag, 12 Uhr, setzte der Streik im Bezirk Breslau mit aller Schärfe ein. Die Lokomotivführer erschienen nicht zum Dienst. Seit Donnerstag früh sind Oberbeamte als Streikbrecher tätig. Man will einen Notverkehr aufrecht erhalten. Zum Schutze der Streikbrecherformationen aus den Oberbeamten und der „Technischen Nothilfe“ ist bereits Schutz angeordnet. Doch haben die Eisenbahner der Polizei nicht den Befallen getan, sich provozieren zu lassen.

Streikaufruf der Reichsgewerkschaft im Direktionsbezirk Breslau.

Wir erhalten folgende Zeilen mit der Bitte um Veröffentlichung:

Die hiesige Bezirksleitung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnen und Angewandter hat auf Anordnung des Hauptvorstandes Berlin in der Nacht vom Mittwoch zu Donnerstag den Streik ausgerufen. Die herausfordernden, rücksichtslosen Maßnahmen der Regierung, sowie der Behörden haben in Eisenbahnerkreisen große Erbitterung hervorgerufen, so daß der Streik eine ungewollte Schärfe annehmen muß.

Bezirksstreikleitung Direktionsbezirk Breslau.

Es ist wohl überflüssig, besonders auseinanderzusetzen, daß wir nicht nur den Streik für durchaus berechtigt halten auf Grund der unerhörten Vorklage gerade der unteren Beamten, sondern auch allen im schweren Kampf um die Existenz Ringenden unsere volle Sympathie und unsere Unterstützung gewähren. Um so mehr haben die in der kommunistischen Partei organisierten revolutionären Arbeiter alle Ursache, mit den Eisenbahnern volle Solidarität zu pflegen, als sich von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten eine einzige Front der Hefe gegen die Streikenden gebildet hat.

Solidarität.

Während die Christen, die Christ-Dankerschen, die Freigewerkschaftlichen sich andrücklich gegen den Streik wenden oder erklären, neutral zu sein, hat der Reichsverband der Postbeamten beschlossen, die den Streik leitende Reichsgewerkschaft mit 50 000 Mark pro Tag zu unterstützen.

so deutlich den um ihre nahe Existenz Ringenden zu sagen, was eigentlich diese vielgepriesene Demokratie und Gleichberechtigung in unserem kapitalistischen Staat bedeutet, als die zwischen Neben der Reichsgewerkschaften bis hin zu den Reichsjustizialen, die sich über das Gleich der Beamten heftig machen oder gegen die Streikenden nach der Polizei rufen.

Es ist in der „freiesten Republik der Welt“ nicht erlaubt, sich anzuschauen gegen eine menschenwürdige Entlohnung. Nur der ist ein braver Staatsbürger, der entweder für genügend Monaten erkrankt hat oder seinen

langsamem Hungertod bei ehelicher Berufarbeit mit Würde — will heißen — ohne Murren erträgt.

Da die unteren Eisenbahnenbeamten weder zu der ersten Sorte der Schleier und Wucherr noch zu der zweiten Sorte der zur Füllung des Selbsts des Herrn Sinnes freiwillig Hungernden gehören, fällt die bellende Meute der Herrn Volksvertreter also über sie her.

Sozialdemokrat Müller-Franken denunziert offen die Reichsgewerkschaft. Schon längst vor Ablauf des Ultimatums habe sie Vorbereitungen zum Streik getroffen. Die im Ultimatum geforderte Beamtensoldatenerhöhung könne keine Partei verantworten. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Streik sich nicht wird einseitig durchführen lassen — auf gut deutsch, es mögen sich möglichst viel Streikbrecher finden — damit der Streik „vermieden“ wird.

Sozialdemokrat und Finanzminister Bauer betont gleichfalls die absolute Unmöglichkeit der Erfüllung des Ultimatums der Reichsgewerkschaft. Die energische Erklärung der Regierung sei zum Besten der Beamtenschaft notwendig gewesen, damit die Mehrzahl der Beamtenschaft weiß, daß sie von der Streikleitung ins Unglück geführt werde. Gegen eine solche bewußt-ziellose Politik, die lediglich zum Nachteile und zum bodenlosen Unglück der beteiligten Beamten ausschlagen kann, und die infolgedessen auch die Gesamtheit des deutschen werktätigen Volkes schädige, wird die Regierung ganz energisch vorgehen. Sie wird mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln den ihr aufgezwungenen Kampf ausfechten!

Herr Abgeordneter Dnaatz (Deutschnationale Volkspartei) spricht die Erwartung aus, daß die Regierung den Streikverbot der Eisenbahner mit äußerster Energie begegne. Die Streikbewegungen sind mit den öffentlichen Interessen unvereinbar.

(Besteht ein Unterschied zwischen den Scharfmacherlötzen der Deutschnationalen und den der Sozialdemokraten? Sie Antwort SPD-Arbeiter!)

Demokrat Dietrich-Baesen betont mit vielen Pathos, daß die Eisenbahner nicht entlohnlich werden dürfen. Ihre schlechte Finanzlage beruhe auf der Untätigkeit (lies: Faulheit, d. Red.) der Eisenbahnenbeamten und der Latenzlosigkeit der Regierung (wohl, weil diese nicht früh genug 20 000 Eisenbahner aufs Straßenpflaster geworfen hat? d. Red.)

Während er Prohibitivströmen über die schlechte wirtschaftliche Lage der Eisenbahner vergießt, macht er die Regierung in geradezu hebräischer Weise scharf gegen die im Gang befindliche Eisenbahnbewegung. Dasselbe tut er dann gegenüber den Erwerbslosen, für die er eine weit schärfere Kontrolle als bisher fordert. Besonders erregt er sich darüber, daß im vergangenen Dezember von 175 000 Erwerbslosen im Reich 1/2 in Berlin wohnhaft waren. Diese Minderziffer gegen die Erwerbslosen verwandelt sich jedoch sofort in die größte Freigebigkeit für die „notleidende Landwirtschaft“, für die er das weitgehendste Entgegenkommen fordert. Also auf der einen Seite verschärfte Ausbeutung, verschärfte Elend für die Proletarier und Aufhängung neuer Vorteile und Privilegien für den Besitz, das ist das Wesen der neudeutschen Demokratie!

Zentrumsmann Erking (ein Memierprolet) hält eine schamlose Rede auf den Ton gestimmt: Es lebe die Sparsamkeit auf Kosten der Arbeitenden!

Deshalb rufet er gründlicher Abban des Beamtenkörpers und schärfter Kampf gegen die „streikhebe Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner.“ Er fordert von der Regierung die schärfsten Maßnahmen gegen sie, denn ihr Ultimatum sei ein Ultimatum an das deutsche Volk, daher ein Verbrechen. Die Beamten hätten sich zu erheben, zwischen Beamtenrecht und Streikrecht. Welches kann ihnen der demokratische Staat nicht gleichzeitig zubilligen. Hiermit polemisierte er in der anstößigen Weise gegen die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner, die er als gelbe Organisation angesehen sucht, die nur mit Lügen und Verleumdungen über die wirkliche Lage der Eisenbahner arbeite. In der vergangenen Jahre seien den Beamten 36 Milliarden Gehalts-erhöhungen bewilligt worden. Das ist ein Grund für die Streikbewegung mit allen Mitteln niederzudrücken.

Internationale proletarische Solidarität für die Hungernden in Rußland.

Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes an seine Mitglieder.

Kameraden! Die aus den Hungergebieten Rußlands in den letzten Wochen einlaufenden Berichte überbieten alle bisherigen Schilderungen des Elends. Erst jetzt wird das Ausmaß der Katastrophe im einzelnen übersehbar; ihre verheerende Wirkung ist noch unwiderstehlich. Die Hilfe, die von den amerikanischen und europäischen Organisationen in den vom Hunger heimgesuchten Gebieten eingerichtet worden ist und noch ausgedehnt werden wird, erfährt noch nicht einmal die Hälfte der vom Hungertod bedrohten Bevölkerung.

Für zehn Millionen Erwachsene und Kinder gibt es keine Rettung, sie bleiben nach den nun schon über ein halbes Jahr währenden qualvollen Entbehrungen den Schrecken des Hungers und einem sicheren Tode ausgeliefert, wenn nicht alle europäischen Staaten sich sofort und mit allen verfügbaren Mitteln zur Hilfe entschließen, ehe das Frühjahr die Wege in Rußland ungangbar gemacht hat.

Aus Wjuluk in Samara kommen grauenerregende Nachrichten. Die Verhungerten haben Katzen, Hunde und andere Tiere aufgeessen. Nun stehen sie menschliche Leichen nachts aus den Leichenhallen, um ihren Hunger zu stillen. Die zivilisierte Welt darf nicht dulden, daß die Verzweiflung der Darbenden entmenscht und große Gebiete in entvölkerte Wüsten verwandelt.

Kameraden! Die erste Sendung von 1200 Tonnen Lebensmitteln und Kleidungsstücken, die von eurem Gelbe für die Notleidenden in Rußland gekauft worden sind, sind in Moskau eingetroffen und gelangen nun im Tschuwas-Distrikt zur Verteilung.

In diesem Distrikt lebt, weit verstreut, eine vorwiegend bäuerliche Bevölkerung. Nur wenige kleinere Städte gibt es dort, meist an der Bahnlinie Moskau-Kajan. Von den an dieser Bahn gelegenen Orten aus wird das Hilfswerk organisiert werden.

Der Stand der Versorgung mit Lebensmitteln und die gesundheitlichen Verhältnisse in diesem Gebiet sind schreckenerregend. Die Roggenernte des vergangenen Jahres brachte nur den siebenten Teil des normalen Ertrages. Der Viehbestand ist auf ein Drittel zurückgegangen und noch für diese verminderte Anzahl gebracht es an Futter. Außer von der Sowjetregierung, die 9000 Kinder versorgt, ist im Distrikt kaum noch etwas zu sehen.

Die Bevölkerung leidet seit Monaten nichts Nahrhaftes zu essen haben. Das körperliche Befinden von fast allen ist ohne Ausnahme, besonders aber von den Kindern, macht einen furchtbaren Eindruck. Die Bevölkerung lebt von einem Brot, das hauptsächlich aus Weizen, Weizenklein und Gerste besteht; selbst an diesem erbärmlichen Ertrag herrscht hier und da Mangel. Wenn es aufgebraucht ist, bleibt der Bevölkerung nichts anderes übrig, als Stroh von den Dächern und Baumrinde zu essen. Täglich ruft der Tod die

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

J. S. Thomas, provisorischer Vorsitzender.

9. Joubert, 1. Sektionsführer. E. Mertens, 2. Sektionsführer. E. Nimmen und J. Ludewig, Sekretäre.

Die Erfassung der Sachwerte, jetzt von den Sozialdemokraten angesetzt, wird in wenigen Monaten wieder auf der Tagesordnung stehen. Damit auch bei dieser Erfassung die Besitzenden nichts abwenden auf den Verbaub, ist es notwendig, daß parallel mit der Erfassung die Kontrolle der Produktion und der Preisbildung durch die Betriebsräte und Gewerkschaften geht.

Sonntag nicht weniger als der Anfang der Enteignung an den Produktionsmitteln gemacht ist, solange die Arbeiter nicht endlich gewillt sind dem Elend ein Ende zu machen, solange wird die bestehende Klasse sich vor allen Abgaben für den Staat und die Reparationen brüsten.

500 Millionen Francs Mehrausgabe für den französischen Militarismus.

W.B. meldet: In Frankreich steht eine Umgestaltung der geplanten Militärreform bevor. Trotz der Herabsetzung der Dienstverpflichtung die Durchführung der Pariser Reform eine Mehrausgabe von 500 Millionen Francs. In den Verhandlungen der Kammer soll gestern Viviani sehr hart gegen den Gesetzentwurf sich ausgesprochen haben. Er habe sogar erklärt, man dürfe sich dann nicht wundern, wenn Frankreich in der Welt des Militarismus und Imperialismus beständig werde. Wenn der Gesetzentwurf so angenommen werde, werde er Frankreich nicht, wie er versprochen, auf der Konferenz in Genoa vertreten. Jetzt wird angekündigt, daß die Regierung den Gesetzentwurf zurückziehen werde, um ihn anzupassen.

Der Militarismus läßt sich nicht durch Washington, trotz des ganzen internationalen Kampfes, stoppen.

Luftverkehr Rußland—Moskau.

Eine große politische Bedeutung besitzt folgende Meldung, die zeigt, wie weit bereits die Reichsregierung der Beziehungen zu Sowjet-Rußland geht:

Die russische Regierung hat mit der Aero-Union, Alltagsflug in Berlin, eine Gesellschaft unter dem Namen „Deutsch-russische Luftverkehrsgesellschaft“ gegründet. Die Gesellschaft beabsichtigt, von Berlin nach Moskau und umgekehrt, ein regelmäßiges Luftverkehrsgeschäft zwischen Deutschland und Rußland mit Verkehrsflugzeugen der russischen Regierung zu betreiben, auf der Strecke Berlin—Moskau im Auftrag der Aero-Union. Die Gesellschaft hat auch die Aufgabe, die Verkehrsverbindungen zwischen Deutschland und Rußland zu verbessern, indem sie die Luftverkehrslinien zwischen Berlin und Moskau durch Luftverkehrslinien verbindet. Mit der Organisation der Gesellschaft ist die deutsche Luftverkehrsgesellschaft

Dörfer heim. Die Menschen sterben an Hunger und allgemeiner Körperchwäche.

In den Hospitälern gebricht es an den notwendigen Hilfsmitteln. Bettelwand und Verbandzeug fehlt, letzteres hat teilweise seit 1914 nicht angeschafft werden können. Genau so schlecht steht es mit Medikamenten und Desinfektionsmitteln. Eine große Typhusepidemie wird im Frühjahr erwartet. Viele Männer und Frauen leiden an unheilbaren Darmkrankheiten, die durch die widertätigen Nahrungsergänzungsmittel hervorgerufen werden. Nur an dieser Krankheit sind seit Beginn der Hungersnot allein in diesem Distrikt über 2000 Menschen gestorben. Außerdem grassiert eine Augenkrankheit, von der 60 Prozent der Bevölkerung befallen sein sollen.

In einem Hospital in Tscheljabinsk, der größten Stadt dieses Distrikts, starben 90 Prozent der Säuglinge. Das sind Einzelheiten aus den Berichten des Hauptkommissars D'Grady, der selbst dieses Gebiet bereist hat.

Natürlich findet der Hunger seine Opfer vor allem unter den Kindern. Mindestens 108 000 Kinder sind den schlimmsten Entbehrungen preisgegeben. Von ihnen kann der Internationale Gewerkschaftsbund zunächst nur 40 000 helfen. Aber das ist nicht genug. Die anderen nahezu 70 000 Kinder bleiben ohne Hilfe, zu weiteren Entbehrungen verurteilt. Ihre Leiden sind unbeschreiblich. Schon kommt es vor, daß Mütter ihre Kinder erwürgen, um nicht machtlos mit ansehen zu müssen, wie sie verhungern. Wie groß muß die Not sein, wenn die Unglücklichen zu solchen Verzweiflungstaten getrieben werden. Die lokale und zahlenmäßige Begrenzung der Hilfe ist aber eine bittere Notwendigkeit, solange nicht größere Summen von den Arbeitern Europas dem Internationalen Gewerkschaftsbund zur Verfügung gestellt werden. Selbst die begrenzte Hilfe kann nur dann bis zur endgültigen Bänderung der Hungersnot durchgeführt werden, wenn die europäischen Arbeiter den selbstlosen Opfermut und die proletarische Hilfsbereitschaft, die sie in den letzten Monaten bewiesen haben, noch in den Schatten stellen durch neue Beweise kameradschaftlicher Treue.

Jetzt, wo in Schitrami die Lebensmittelverteilungsstelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes eingerichtet wird, jetzt, wo in anderen Städten dieses Gebietes Lebensmitteldepots, Küchen und Speiseräume eröffnet werden, muß das internationale Proletariat dafür sorgen, daß seine notleidenden Kameraden fortlaufend ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, um ihre darbenenden Kinder wieder gesund zu pflegen.

Auf wen, Kameraden, wenn nicht auf euch, soll die schwer gepöbelte Bevölkerung dieses Gebietes rechnen? Sie ist ausschließlich auf eure Hilfe angewiesen. Macht das Vertrauen wahr, das diese von grenzenlosem Elend bedrohten Menschen in euch setzen. Hunderttausende Kinder sind euch anvertraut. Helft ihnen mit allem, was ihr entbehren könnt. Bringt euer Geld zu den Sammelstellen der Gewerkschaften. Rettet die russischen Kinder!

Schlesische Rundschau.

Halte den Dieb!

So jähren die Urgeheubanden und beschuldigen die Kommunisten allerhand Missetaten. Wir konnten erst dieser Tage anlässlich des Prozesses wegen dem Breslauer Eisenbahnassessors darauf hinweisen, wie leichtfertig und lügnarisch den Kommunisten Verbrechen in die Schuhe gejubelt werden, wie die den Kommunisten angebotenen „Aktionen“ bei näherem Zusehen sich als Schwindel und Fälschung herausstellen. In diesem Vorgehen liegt Methode. Die Reaktion, die im Gegensatz zu den Arbeiterorganisationen, über festgesetzte militärische Verbände (trotz Schwereingehender Anweisungsbefehle), über Nordorganisationen (siehe Bayern) und über diverse Waffen- und Munitionslager verfügt, hat alle Ursache, die Öffentlichkeit von ihrem Treiben abzulenkten. Deshalb gibt sich die organisierte Reaktion die erdenklichste Mühe, die Kommunisten als eine „verderbliche“ hinstellen. Sie schreien: „Halte den Dieb!“ und selbst der Dieb.

Auch über unsere Genossen in Grünberg wurden die tollsten Schwindelereien verbreitet. So beschuldigte man sie, eine kommunistische Arbeiterzentrale in Grünberg errichtet zu haben. Das auf einen solchen Unjag überhaupt jemand hineinfallen konnte, ist ja kaum zu glauben. Das ist aber noch gar nicht alles. Dem Herrn Landrat von Grünberg blieb es vorbehalten, sich unerschrocken zu blamieren und der Öffentlichkeit zu verkünden, daß die Kommunisten von Grünberg sich mit fauchenden Nordplänen trügen. Unsere Genossen wollten der Sache auf den Grund gehen, sie wollten wissen, wer der Erfinder dieser Unberühmte ist und strengen gegen die Verbreiter der Lügenhaftigkeit Vorgehens an. Der Rieglerer Volkszeitung entnehmen wir darüber folgenden Bericht:

Unter dem Titel „Kommunistische Hochpläne“ des öffentlichen Landrats des Kreises Grünberg im Mai 1920 in den Grünberger Blättern eine Notiz in welcher er das Verbrechen einer kommunistischen Arbeiterzentrale in Grünberg bekanntgab und gleichzeitig auch die Personen anführte, die zuerst „abgemerkt“ werden sollten. Kommt es diesen 12 Grünberger Arbeiter unter dem Vorzeichen Verhaftung heraus, ohne das etwas zu ihrer Rechtfertigung gesagt. Die amtlichen Stellen betrafen sich immer hinterlistig, als sie merkten, daß sie einem Schmelzberg zum Opfer gefallen seien. Zwei Verhaftete

Nun kam es, nachdem noch der Unabhängige Senke während die reaktionäre Front von Westarp bis Bauer gegen die Eisenbahnbeamten gepeitelt hatte, zu einer Geschäftsordnungsdebatte!

Der Kommunist Roenen forderte von der Regierung, daß sie in der heutigen Sitzung eine Erklärung über den Stand der Lohn- und Gehaltsdifferenzen bei der Eisenbahn

geben solle. Dies sei notwendig mit Rücksicht auf die geäußerte Lage, und weil der Minister es nicht für notwendig erachtet habe, auch nur mit einer Silbe auf den schweren Kampf einzugehen. Obwohl feststehe, daß bereits

Schups in einzelne Eisenbahnwerkstätten eingedrückt ist, und die Arbeiter beschloßen haben, diesfalls in den Streik zu treten. Der Reichstag muß vor seiner Vertagung unbedingt zu der Frage Stellung nehmen, um so mehr, als die Regierung die Streikenden durch all ihre Maßnahmen förmlich zum Streik anreizt.

Der Minister Hermes verwies auf die Erklärung der Regierung über die Eisenbahnerbewegung im gestrigen Hauptauschuß, worauf Genosse Roenen erwiderte, daß nicht das Zwielicht der Ausschußsitzung, sondern das grelle Tageslicht der öffentlichen Reichstagsverhandlung die Lage und die Haltung der Regierung beleuchten müsse.

Gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten lehnte Bürgerium und Rechtssozialdemokratie die kommunistischen Anträge ab.

Die Kommunisten, die einzigen, die ohne jedes Wenn und Aber sich auf die Seite der verelendeten Eisenbahnbeamten stellten, wurden mundtot gemacht.

Das ist die bürgerliche Demokratie! Das ist die Methode, die stets angewandt wird, um den unheimlichen proletarischen Mahner und Dränger abzuschütteln. Das ist das parlamentarische Mittel der Vergewaltigung der wahren Vertreter der arbeitenden und darbenenden Bevölkerung. Und das ist gleichzeitig auch eine Verhöhnung der Beamten und ein Schlag ins Gesicht der Darbenden.

Werden die Beamten jetzt ihre wirklichen Feinde und ihre wahren Freunde erkennen?

Jeder, der bei gesundem Menschenverstand den Inhalt der Reden des bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten liest, wird erkennen müssen, daß die Beamten an die Seite der revolutionären Arbeiterschaft, deren Vorhut die kommunistische Partei ist, gehören. Hier allein werden sie zu jederzeit Unterstützung finden in ihrem schweren Kampf.

Politische Uebersicht.

Der „Erfolg“ der Sozialisten.

Die Zwangsanleihe wird abgelehnt.

Die Sozialdemokraten verhalten sich mit einer großen Ruhe zu dem Vorhaben, die Zwangsanleihe zu emittieren. Sie erklären, daß ein solches Mittel des Reiches eine unzulässige Verletzung der Verfassung darstelle.

Dem Vorschlag der SPD, von der Belastung des Reiches durch die Finanzierung des Anwarts für den Posten des Finanzministers, des Stimmesparteilers Bede entgegenzustellen, der da sagt, daß die Zwangsanleihe das geringste, dem Reich zugewandte Opfer darstelle.

Das Berliner Tageblatt kommt, nicht aus dem Versehen den Reich mehr zu belasten, sondern in der Erkenntnis, daß durch die kolossalen indirekten Steuern und durch die Abwälzung der Zwangsanleihe auf die Verbraucher eine tiefere Verzerrung aller Bedarfsgegenstände eintritt, zu folgendem Schluß:

Die Zölle sollen auf der wichtigen Weltmarkt erhoben werden, Fein- und Eisenbahntarife (die Gütertarife) auf das Niveau ihrer Friedenshöhe! Erhöht eine Anzahl von Steuern soll erzielbar gemacht und dadurch die Reichseinnahmen gesteigert werden. Alle diese Maßnahmen, die der deutschen Bevölkerung auferlegt werden, dürfen in keinem Maße preiszuleistend und geldentwertend wirken. Das Gleiche gilt auch von einem Teil der gemachten Erparnisse bei den Reichsausgaben. Der Vorfall der Zuhilfenahme für die Lebensmittelpreisbilligung, die von 25 auf 1 Milliarde Papiermark ermäßigt werden, zieht eine Steigerung der Lebensmittelpreise nach sich, die Abwälzung der Erwerbslosenversicherung auf eine überhörenden von der Privatwirtschaft zu tragende Arbeitslosenversicherung wird gleichfalls Selbstkosten und Löhne erhöhen. Ist die Rückzahlung dieser Reorganisation und Geldentwertung auf der Ausgabenseite des Reichsbudgets beabsichtigt, was in welcher Weise? Wenn man bedenkt, daß durch die geüblichen Ausgleichungsmaßnahmen des Budgets eine neue Finanzierungswelle in Gang gebracht wurde, die alle Finanzkategorien schon jetzt veranlaßt, mit riesigen Summen und Wechselkursänderungen heranzutreten, so möchte man dies bezweifeln, da so mehr, als der Senat nicht gehet ist und die Regierung selbst erklärt, daß trotz der Reorganisation und Zwangsanleihe ein großer Teil der Reparationsverpflichtungen nach wie vor durch Erhöhung der schwelgenden Schuld wird herbeigeholt werden müssen.

Es ist bezeichnend, daß bürgerliche Zeitungen den Sozialdemokraten, die voll Lobes über ihren Erfolg sind, die Wirkung ihrer Tätigkeit nachscharf zu machen suchen.

Die Kommunisten haben immer wieder darauf hingewiesen, daß jede Steuer, auch die auf den Kopf, auch die Befreiung der Einkommen, immer wieder auf die Produktion, auf die Verbraucher abgewälzt wird.

Diese unsere Auffassung bestätigt der frühere Sozialdemokrat E. Her, wenn er über die Folgen der Zwangsanleihe schreibt:

„Auf alle Fälle bewirkt das Eintreten der Zwangsanleihe eine Vermehrung des Papiergeldumlaufes, eine weitere Entwertung der Mark und damit eine heute mit vorzuziehender Steigerung aller Lebenskosten. In Zukunft als auch gegenüber dem Ausland. Damit stehen wir aber noch weiter von dem Ziel, das durch die Reorganisation finanzieller Einheiten wie heute, haben sich die Sozialdemokraten dieses Landes eine Zwangsanleihe bereits herbeigeholt. Es geht nicht, denn jetzt würde man nicht mit solchen Mitteln für eine finanzielle Operation eingehen, die für die deutsche Bevölkerung ganz besonders verhängnisvoll werden muß.“

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Muster-Organisation.

Eine Musterorganisation ist die Bezirks-Filiale Breslau des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes. Die Bonzen dieser Filiale haben das Selbstbestimmungsrecht ihrer Mitglieder so beschritten, daß die 2868 Mitglieder auf der letzten Generalversammlung von ganzen 84 Delegierten und 7 Vorstandsmittgliedern vertreten waren. Wir geben zu, daß diese siebenmal gestellten Vertreter an der sauberen statistischen und bürokratischen Arbeit des Vorstandes, die er mit Stolz in der „Vollmacht“ veröffentlicht, nichts auszusagen haben.

Wir möchten gern wissen, ob den Bangen Gütler und Kubi in ihrem warmen Büro nicht manchmal der Jammer packt darüber, daß die von ihnen vertretene Berufsgruppe, trotz reiflicher Erfassung aller Berufsangehörigen, eine der schlechtest bezahltesten in ganz Schlesien sind.

Würde doch den gewiß eben bezahlten Textilarbeitern des Gulgengirges und des Reichensbacher Bezirks bei ihrer Lohnbewegung vorgeworfen, daß sie bedeutend besser entlohnt sind als selbst die Textilarbeiter Breslaus und Umgebung.

Die Lage der Textilarbeiter wird nicht besser, solange noch Bürokraten mit langsam registrierten Gehirnzellen ihre Interessen vertreten. Die Mitglieder der Breslauer Bezirksfiliale müssen nicht nur ein Vertretungssystem, das den Begriffen der Selbstverwaltung widerspricht, befehlen. Sie müssen sich vor allem wenden gegen die Arbeitsgemeinschaft zwischen Bürokraten und Unternehmern; selbst wenn den Bonzen einige Ungelegenheiten geschaffen werden.

Die Lohnverhandlungen der Textilarbeiter in Breslau gescheitert.

Die Leitung der Filiale Breslau des Textilarbeiter-Verbandes ist aus dem Rast ihrer statistischen und bürokratischen „Arbeiter“ endlich einmal ans Tageslicht getreten, um gleich ein paar tüchtige Ohrfeigen für ihre seitherige Schlafmüdigkeit zu bekommen.

Daß diese Verhandlung nicht zum Teufel gejagt ist, wundert uns tatsächlich. Wenn die Unfähigkeit, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, töten würde, wären diese Leute schon längst verhaftet. Die Bewegung im Gulgengirge haben sie schon ganz verschlafen. Jetzt, nachdem die Gulgengirger einen sechs-wöchigen, standhaften Kampf geführt haben, nachdem ihnen wiederholt die niedrige Entlohnung der Breslauer Kollegen vorgeworfen wurde, fällt es dem Gütler und Konjorten ein, Lohnforderungen, gestützt auf das Ergebnis im Gulgengirge, zu stellen.

Wie eben die Textilarbeiter im Breslauer Bezirk bezahlt sind, trotzdem alle Arbeiter vom Verband erfasst sind, beweist der für Männer 7,40 M. und für Frauen 5,90 M., einschließlich aller Zulagen, betragende Höchstlohn.

Die Unternehmer lehnten frech den für das Gulgengirge bewilligten Lohn ab und boten ab 15. Februar 50 Pfennige für Männer und 30 Pfennige für Frauen.

Die Arbeitervertreter gingen von den durchschnittlich 12 Mark betragenden Forderungen bedeutend herunter. Die Unternehmer lehnten aber brutal jede höhere Forderung ab.

Wenn sich die Bonzen wundert über das freche Auftreten der Unternehmer, dann sei ihnen gesagt, daß sie selbst der Frechheit der Unternehmer die Steigbügel halten. Anstatt zumind mit den Kollegen vom Gulgengirge gemeinsam in den Kampf zu treten, schlafen sie und vertrauen sich nicht die Zwirnspinnerei der Arbeitsgemeinschaft zu zerreißen.

Die Breslauer Textilarbeiter werden weiter in Not und Elend dahingehieren, trotz woffunktionierender Gewerkschaft, solange sie nicht in einheitlichem Kampf ein bürokratisches System beiseite jagen, das ihnen nichts bringt, solange sie nicht kämpfen mit allen Arbeitern für die 10 Forderungen des A.D.G.B.

Allgemeine Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher.

Tagesordnung: 1. Kassen- und Geschäftsbericht vom vierten Quartal. 2. Jahresbericht und Neuwahl der Ortsverwaltung und Kartellbelegierten. 3. Bericht über die Lohnverhandlungen in Frankfurt a. M. 4. Beschlußfassung über den einmaligen Beitrag zum Gewerkschaftshausneubau. 5. Verschiedenes.

Kollege Reiner führte an, daß im vierten Quartal verhältnismäßig wenig Differenzen waren. Die Zulage vom November sind schon überholt durch die Zulage vom 2. Januar 1922. Die Schuharbeiter haben Forderungen gestellt, die Zunft hat sie aber abgelehnt wegen schlechten Geschäftsganges. Weitere Schritte behalten wir uns vor. Mit Ende März läuft für die Industrie der Reichstaxi ab. Bei der Umrechnung der Zulagen in einen einheitlichen Stundenlohn und der Umrechnung des Akkordpreises wird es wieder Schwierigkeiten geben. Dann gab der Koll. Thater den Kassenbericht.

Den Jahresbericht erstattete Koll. Reiner. Die Sammelkassen für Arbeitslose brachten 15 000 M., ein Zeichen der Solidität der Kollegen. An den Reichstaxi haben sich die Fabriklanten gewöhnt. Wenn man einen Vergleich mit den anderen Gewerkschaften macht, so sind wir durch den Reichstaxi in der Lage gewesen, eine Lohnkampfe in den Besitz von Zulagen zu gelangen. Die Schärffheit dagegen ist auf den Hund. Es sind wieder mehr Arbeitslose. Im Handwert geht eine bedeutende Revolutionierung vor. Von den 800 Weibern, die Gefellen beschäftigt sind, sind kaum 200 übrig geblieben. Die Reichstaxi sind vollkommen auf dem Niveau des Proletariats herabgedrückt. Den Betriebsräten war es nicht immer möglich, alle Wünsche der Kollegen zu erfüllen.

In der letzten Sitzung der Wirtschaftsbildung ist es gelungen, die 6-stufige Regaleit der Kollegen sehr viel zu erhöhen. Einige Kollegen wollten dem Größlichen Bescheid beibringen, weil sie dort weniger Beiträge bezahlen. Wir müssen dies verhindern, weil wir dann noch mehr Schwierigkeiten hätten, in dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit, bei immer stärkerer Konkurrenz zu bestehen.

Zur Vorstandswahl sind von der letzten Betriebsräteversammlung Vorschläge gemacht, und zwar Kollegen Reiner und Thater als Angestellte, Kollegen Ständer, König, Langer (A.D.), Leitwein, Schöning, Schmidt, Scholz und Kolleginnen Stibale und Häbner.

Als Kartellbelegierte wurden vorgeschlagen: Koll. Schirol, Beonhard und Stengel. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Bei den Lohnverhandlungen werden rückwirkend ab 1. Januar 1922 folgende Zulagen gewährt:

Männer:	Frauen:	
über 24 Jahre	3,75 M.	2,58 M.
21	2,25	2,08
18	1,70	1,58
16	1,10	0,94

Kollege Reiner wies bei der Frage des Beitrages zum Gewerkschaftshaus auf den im November 20 gefassten Beschluß hin, der besagt, daß wir gewillt sind, die 20 M. zu zahlen unter der Bedingung, daß das Gewerkschaftshaus sämtlichen linksstehenden Parteien zur Verfügung steht. Die Kartellkommission sowie das Kartell haben diesen Antrag abgelehnt. 51 Gewerkschaften haben den Beschluß einen Beitrag zu zahlen angenommen. Man hat man uns vor die Tatsache gestellt, entweder zu bezahlen, oder an die frische Luft gesetzt zu werden. Wenn wir jetzt ablehnen, gehen wir aller Vorteile des Kartells (Bildungsreisen u. dergl.) verlustig. Der Vorstand hat sich in einer Sitzung damit befaßt und empfiehlt den Beitrag unter Protest zu zahlen.

In der Diskussion sprachen Kollege Schirol (A.D.) für Annahme. Wir stehen trotzdem auf dem Standpunkt, daß allen linksstehenden Parteien die Räume des Gewerkschaftshauses zur Verfügung stehen müssen und werden alles versuchen, dies durchzuführen. Wir können uns aber als einzige Gewerkschaft nicht ableisten lassen.

Kollege König (A.D.) meint, daß die Frage des Bezahleins eine Frage des Kräfteverhältnisses ist. Weil wir in Schlesien noch zu schwach sind, müssen wir uns dem Beschluß des Kartells fügen. Die „Entschaltungen“ der „Vollmacht“ über die beabsichtigte Gewerkschaftshausprengung sollte die Einheitsfront des Proletariats die sich in Berlin schon bildet, zerören.

Der Antrag wird angenommen. Unter Verschiedenem weist der Vorsitzende Kollege Ständer auf die Bedeutung der Arbeiterpresse hin. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes die „Schlesische Arbeiterzeitung“ zu lesen.

Ferner teilt Koll. Ständer mit, daß zu dem am 17. und 18. Februar stattfindenden Reichsbetriebsräte-Kongress der Schuhindustrie, von der letzten Betriebsräteversammlung die Koll. Weigelt (A.D.) und Langer (A.D.) gewählt sind.

Bergarbeiterversammlung in Waldenburg.

Die Zahlstellenversammlung des Bergarbeiterverbandes in Waldenburg beschäftigte sich vor allem mit den Lohnverhandlungen im Bergbau. Für das Waldenburger Revier ist ab 1. Februar eine Schichtzulage von durchschnittlich 11,50 M. zugestanden. Die endgültige Staffeltung, bei der diesmal die jüngeren Arbeiter nicht benachteiligt werden sollen, werde die Arbeitsgemeinschaft vornehmen. Dem Bestreben der Grubenbarone, die Lohnverhandlungen in den Revieren und nicht mehr zentral zu regeln, sei erfolgreich entgegengetreten. Je die Hälfte der Zulage komme auf das Bedinge und den Grundlohn.

Bergarbeiterversammlung in Neu-Salzdamm.

Am Sonntag, den 29. Januar 1922, fand im „Vollwoh!“ die monatliche Versammlung des Bergarbeiterverbandes statt. Tagesordnung war folgende: 1. Vortrag des Kameraden Schmidt über das Knappschaftswesen. 2. Bericht von der Revier-Konferenz. 3. Verschiedenes. Kamerad Schmidt schilderte das Knappschaftswesen von seiner Entstehung bis in die Jetztzeit.

zeichnen nun Klage gegen den Landrat und den Volksgewaltigen Vergangen wegen Verleumdung vor dem Schlesinger Obergericht ein. Das dabei viel herauskommen oder gar die beiden Herren bestraft würden, hatte niemand erwartet. Der Angeklagte, Landrat Dr. Erdmann, wurde freigesprochen. Aber festgestellt ist, daß der ganze Vorplan ein ganz gemeiner Galunentreich deutschnationalistischer Kreise war, um den Belgier und Lesern der bürgerlichen Presse das Verfehlen bekanntzugeben. Selbstverständlich verbietet es die bürgerliche Moral, den betrogenen Lesern der arbeitserfindlichen Presse jetzt wenigstens die Wahrheit zu sagen. Man hat den Schwindel in der bestimmten Absicht in die Welt gesetzt, zu verleumden und nicht um die Wahrheit zu fragen. Gut deutschnationale Galunentmoral!

Auch wir wundern uns durchaus nicht, daß diese beiden Verleumdungen der Republik freigesprochen wurden. Das entspricht ganz der jetzigen Rechtsprechung. Nur eins müssen wir sagen, daß sich die sozialdemokratische Presse tüchtig mitbeteiligt hat und noch beteiligt, wenn es sich darum handelt, den Kommunisten eins auszuwaschen und wir müssen sogar konstatieren, daß die „Vollmacht“ und die „Vergewalt“ allen andern Blättern in bezug auf verleumderische Anschuldigungen immer ein ganz Erledigtes voraus sind.

Wie in diesem Falle, so bleiben auch die andern Verleumdungen nicht an uns hängen. Sie zeigen aber, daß man die Kommunisten fürchtet. Und das zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Wirtschaftliches aus der deutschen Republik.

Das deutsche Volk hat seit der Novemberrevolution eine andere Staatsform an Stelle der Monarchie mit den vielen Thronen und Krönen, trat die Republik mit eben so viel (oder noch mehr) Präsidenten und Präsidialen. Es ist also — scheinbar — eine grundlegende Änderung geschaffen worden. Doch diese Veränderung ist eben nur scheinbar. Das System ist ganz dasselbe geblieben. Der Prolet muß genau so wie früher Kollbampf erleben, er wird genau so wie früher ausgebeutet und muß genau so schuften wie früher. Die Behörden sind genau so reaktionär wie früher, sie sind unter der Ober-Hand genau so arbeitserfindlich, wie unter der Amule Wilhelms. Die revolutionären Arbeiter und Kämpfer werden genau so verfolgt wie früher. Nur ein Unterschied besteht, früher wurden nicht solche Bluturteile gefällt wie jetzt. Die demokratisch-republikanische Regierung verwarf die revolutionären Märzämpfer weit über 3000 Jahre Gefängnis und Ruchtwand, das tat die Wilhelmregierung nicht. Die Kollbiden der Regierung erschlugen Tausende von Draven Revolutionsämpfern, sie erschlugen auch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die monarchistische Regierung tat das nicht.

Im System ist also keine Wendung zum Guten eingetreten, nur die Firma hat sich geändert. Das Firmenschild ist aber so schlecht und mangelhaft überpinselt, daß sie und da immer noch die alte Schrift hervorleuchtet. Das zeigt wieder folgender Vorfall:

In einem Nachruf, gewidmet einem verstorbenen, alten monarchistischen Würdenträger, heißt es:

Das Thronlehnsfürstentum Sagan verliert in ihm seinen unerschütterlichen, treusorgenden Lehnsrat, der seit mehr als 20 Jahren in enger Beziehung zu Sagan stand.

Und wer ist dieser „Thronlehnsfürst“? Ein dreizehnjähriges Hürschlein. Doch ist dies nicht der einzige Fall in Schlesien, daß ein „Freistaat“ Preußen Fürstentümer und andre vorintitulierte Herrschaften von anno Dabai im stillen weiterblühen. So hat auch Schweidnitz-Jauer noch seine Fürstentumslandschaft, die ihre regelmäßigen Fürstentumsstage abhalten.

Schlesien, der Hort der Reaktion, das Sammelbecken der Forterrevolutionäre, ist das Land der Junter. Diese wollen selbst von dieser für sie so harmlosen Firmenänderung nichts wissen, sie wollen dem monarchistischen Gedanken recht bald wieder zum Siege verhelfen und sei es auch mit Gewalt. Deshalb halten sie sich kampfbast an diesen alten Einrichtungen und Überlieferungen fest und sie werden in dieser Hinsicht von den republikanischen Behörden nicht gestört. Aber sie werden gestört werden vom Proletariat. Die Arbeiterchaft wird, wenn das Maß voll ist, einmal ordentlich aufräumen und die Junter mit samt ihrem Hoffzrangentum und Serenissimusthröndchen für immer zum Teufel jagen.

Das Eisenbahndirektionsgebäude in Breslau mit selbstmarmwürdiger Schupo besetzt.

Denie morgen gegen 10,30 Uhr rückte ein Eskadron mit selbstmarmwürdig ausgerüsteter Schupo im Hofe der Eisenbahndirektion ein.

Die Einquartierung erfolgte im Gebäude. Es wurden unter anderem Kisten mit Handgranaten, mehrere Maschinengewehre und sonstige Mordwaffen mitgebracht, die jedenfalls dazu dienen sollen, den Hunger zu stillen, sowie das freie Koalitionsrecht zu beseitigen.

Demte merkt auch dies, schließt auch fester denn je zusammen und katter aus bis zum Sieg.

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Uebersetzt von Adolf Goh.

Der Kleinrusse sagte:

„Das halbe Herz liebt, die andere Hälfte haßt; ist denn das überhaupt ein Herz?“

„Ich frage dich: Wie kann es anders sein?“

Die Seiten des Buches raschelten, Pawel mußte wieder lesen. Die Mutter lag mit geschlossenen Augen da und lächelte sich nicht. Der Kleinrusse tat ihr bitterlich leid, aber noch mehr ihr Sohn. Sie dachte über ihn nach.

„Du mein Liebling . . . mein verlorener . . .“

Plötzlich fragte der Kleinrusse:

„Also — schweigen?“

„Das ist ehrenhafter, Andrej,“ sagte Pawel leise.

„Den Weg wollen wir gehen!“ sagte der Kleinrusse. Und nach einigen Sekunden fuhr er traurig und leise fort:

„Es wird dir schwer werden, Pawel, wenn du selbst so weit bist . . .“

„Es wird mir schon schwer . . .“

„Wirklich?“

An der Hauswand schurte der Wind.

„Ja, aber so etwas schert man nicht!“ sagte der Kleinrusse langsam.

Die Mutter barg das Gesicht in das Kissen und weinte lautlos.

Am nächsten Morgen erschien Andrej der Mutter Heiner und in seinem ganzen Wesen gewissermaßen noch lieber. Ihr Sohn aber war wie stets hager, gerade und schweigend. Früher hatte die Mutter den Kleinrusse Andrej Dussimowitsch genannt, jetzt sagte sie unwillkürlich, ohne es selbst zu bemerken, zu ihm:

„Andrejtscha, Ihr solltet Euch Eure Stiefel putzen lassen . . . so erklärt Ihr Euch noch!“

„Am nächsten Taglag kaufte ich mir neue,“ erwiderte

er lachend; legte plötzlich seine lange Hand auf ihre Schulter und fragte:

„Vielleicht seid Ihr doch meine richtige Mutter? Ihr wollt das nicht nur vor den Leuten eingestehen, da ich nicht gerade häßlich bin, he?“

Sie schlug ihm schweigend leicht auf die Hand. Sie wollte ihm viele freundliche Worte sagen, aber ihr Herz war traurig und die Worte wollten nicht über die Zunge.

9.

In der Vorstadt wurde von Sozialisten gesprochen, die überall mit blauer Tinte geschriebene Flugblätter hingeworfen hatten. In diesen Blättern wurde heißend und treffend über die Fabrikordnung, über Arbeiter, Streiks in Petersburg und im südlichen Rußland gesprochen und die Arbeiter zum Kampf für ihre Interessen aufgefordert.

Die älteren Leute, die einen schönen Verdienst in der Fabrik hatten, schimpften beim Lesen:

„Hejer! Dafür müßte man sie über die Schnauze han'n!“

Und trugen die Blätter ins Kontor. Die Jugend las die Aufsätze mit Vergnügen und meinte erregt:

„Das ist wahr!“

Die durch Arbeit ausgemergelte und gegen alles gleichgültige Mehrheit aber meinte trübe:

„Es kommt ja nichts dabei heraus . . .“

Aber die Blätter regten die Leute doch auf, und wenn einmal eine Woche lang keine Lamen, sprach man schon miteinander:

„Heute sind wieder keine da. Man hat es offenbar aufgegeben . . .“

Am Montag erschienen die Blätter wiederum, und abermalig herrschte dumpfe Erregung unter den Arbeitern.

In der Gastwirtschaft und in der Fabrik bemerkte man neue Gestalten, die niemand kannte. Sie fragten nach allem, beguckten alles, schnappten überall herum und fielen sofort auf — entweder durch ihre argwöhnische Vorsicht oder durch übermäßige Aufdringlichkeit.

Die Mutter wußte, daß dieser ganze Lärm den Tätigkeit ihres Sohnes verursacht war. Sie sah, wie die Menschen sich um ihn zusammenscharten. Er war nicht allein und darum war es nicht so gefährlich. Die Furcht um Pawel verschmolz mit Stolz; war es doch seine geheime Arbeit, die sich als frischer Zufluß in den trüben Lebensstrom ergoß.

Eines Abends klopfte Marja Kossunowa von der Straße aus ans Fenster, und als die Mutter öffnete, sagte sie laut flüsternd:

„Kum paß auf, Pelagea, jetzt haben die lieben Burschen verspielt! Heute Nacht ist bei Euch Hausdurchsuchung und bei Masja und bei Wjessnowskilow.“

Die Mutter hörte nur den Anfang der Rede, weiterhin stoh alles in ein unheilvolles, heiseres Kreischen zusammen:

„Und bei . . . und bei . . . und bei . . .“

Die dicken Lippen Marjas klatschten geschwind aufeinander, ihre fleischige Nase schnob, die Augen blinzelten und schielten von einer Seite zur andern, kauerten auf etwas auf der Straße.

„Ich weiß von gar nichts, und hab' dir nichts gesagt und hab' dich heut' nicht einmal gesehen, verstanden?“

Sie verschwand.

Die Mutter schloß das Fenster und laut langsam kraftlos auf den Stuhl. Ihr Kopf wurde plötzlich leer. Aber das Bewußtsein der Gefahr, die ihrem Sohn drohte, brachte sie schnell wieder auf die Beine. Sie Arbeitete sich geschwind an, wickelte, sie wußte selbst nicht warum, einen Schal um den Kopf und lief zu Fedor Masja, der, wie sie wußte, traut war und nicht arbeitete. Als sie zu ihm kam, sah er vor dem Fenster, las und schaukelte mit der linken Hand die Rechte, an der der Daumen ausgepreßt war, hin und her. Als er die Bewegung hörte, sprang er schnell auf; sein Gesicht wurde blaß.

„Da hast du die Risse . . . und dabei eiert mit der Daumen!“ brummte er.

(Fortsetzung folgt.)

